

# Eine Belastung für Firmen?

**Politik** Die Bundestagsabgeordneten des Oberzentrums kritisieren die Pläne der SPD zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer vehement. *Von Ralf Trautwein*

Nach zehn fetten Jahren beginnt die deutsche Wirtschaft derzeit zu lahmen. Die Vorzeichen für einen wirtschaftlichen Abschwung verdichten sich. Es drohen Kurzarbeit und Entlassungen.

In einer Region, in der viele Automobilzulieferer und Maschinenbauer ansässig sind, gibt das Anlass zur Sorge, zumal Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz (SPD) aktuell plant, die Vermögenssteuer wieder einzusetzen. Sie soll dem Staat jährlich zehn Milliarden Euro einbringen.

„Die Zeche würden am Ende die Arbeitnehmer zahlen.“

**Thorsten Frei**  
Unionsfraktions-Vize

Das bringt den CDU-Wahlkreisabgeordneten Thorsten Frei, einer der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Union im Bundestag, in Wallung. Tendenzen in Richtung Rezession könnten durch eine Vermögenssteuer beschleunigt werden, fürchtete er. Und warnt: „Insbesondere die damit verbundene Substanzbesteuerung von Unternehmen könnte die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands weiter belasten.“

Das Problem: Vermögen stecken in Deutschland vor allem in Unternehmen – damit könnte eine entsprechende Besteuerung nicht nur Unternehmer Geld kosten sondern auch deren Beschäftigten den Arbeitsplatz.

Davor warnt Michael Hüther, Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Die Steuerpläne der SPD seien ein „falsches Signal“, meint der Experte. Mit Blick auf die konjunkturelle Entwicklung brauche man eine Stärkung der Wirtschaft, und keine Schwächung.

## Unternehmen entlasten

In dieses Horn stößt auch Thorsten Frei: Das Vorhaben der SPD wirke für viele Firmen wie eine deutliche Steuererhöhung. „Die Zeche würden am Ende die Arbeitnehmer zahlen, wenn deshalb Unternehmen ins Straucheln geraten.“ Angesichts reduzierter Unternehmenssteuern in den USA und Dumpingmethoden aus Fernost hält Frei es für angezeigt, „dass wir unsere Unternehmen entlasten und die Unternehmenssteuern senken“.



Die Abgeordneten des Oberzentrums zeigen sich von den Steuerplänen der SPD alarmiert: FDP-Bundestagsabgeordneter Dr. Marcel Klinge (links) und sein Parlamentskollege von der CDU, Unionsfraktions-Vize Thorsten Frei.

Er greift den Berliner Koalitionspartner scharf an: „Die SPD soll nicht wieder die alte Gerechtigkeitsleier spielen!“

Frei räumt ein, dass die wohlhabendsten zehn Prozent der Privathaushalte zwar mehr als 60 Prozent des privaten Vermögens besitzen, gibt aber zu bedenken, dass genau diese zehn Prozent kommen im gleichen Maße schon den Sozialstaat finanzieren. Für ihn ist klar: „Eine Vermögenssteuer, die zusätzlich zum bereits heute bestehenden Spitzensteuersatz für Spitzenverdiener ab 250 000 Euro eingeführt würde, wäre das falsche Signal an alle Leistungsträger in unserem Land. Leistung muss sich lohnen und darf nicht kriminalisiert werden.“

Ähnlich argumentiert sein liberaler Kollege Dr. Marcel Klinge aus Villingen. „Gerade mit



Blick auf die sich eintrübende Konjunktur brauchen wir jetzt Wachstumsimpulse statt höherer Steuern“, meint der FDP-Bundestagsabgeordnete.

„Wir brauchen jetzt Wachstumsimpulse statt höherer Steuern.“

**Dr. Marcel Klinge**  
FDP-Bundestagsabgeordneter

Bei dem, was in der augenblicklichen Situation zu tun wäre, ist er voll auf Parteilinie: den Soli vollständig streichen, mehr Freihandel ermöglichen, Bürokratie abbauen und Unternehmensgründer fördern. Dabei müsse die Energie- und Klimapolitik nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten gestaltet werden.

Währenddessen begründete der kommissarische SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel das Konzept seiner Partei zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer damit, dass allein im kommunalen Bereich Investitionsmittel von 150 Milliarden Euro fehlen.

## Steuerquellen sprudeln

Dabei sprudeln die Einnahmequellen von Bund und Ländern noch munter, allenthalben ist von Rekordsteuereinnahmen die Rede. Allein Baden-Württemberg hat noch nie so viele Steuern eingenommen wie im vergangenen Jahr. In Zahlen sind das 81,9 Milliarden Euro, das sind 5,2 Prozent mehr als im Vorjahr.

Fotos: NQ-Archiv